

In der Opferfalle

Die Bundesregierung und die zunehmenden Gefallenen der Bundeswehr in Afghanistan

EDITORIAL

Es war höchste Zeit für die Regierung, offiziell in die Debatte über den deutschen Einsatz in Afghanistan einzusteigen. Die negativen Folgen sind in den Medien und der Öffentlichkeit längst angekommen. Der traumatisierte Afghanistan-Heimkehrer ist zum Topos geworden, der einen ganzen Spielfilm füllt oder als Randfigur zur besten Sendezeit Krimis bereichert. Printmedien berichten je nach Güteklasse mehr oder weniger sensibel über gefallene Soldaten, trauernde Angehörige kommen zu Wort. Aus Zahlen werden Schicksale, aus Namen Hintergründe.

Steigende Opferzahlen, eine unübersichtliche und immer gefährlichere Lage – die Frage nach dem Wozu stellt sich mit Vehemenz. Doch die Regierungsverantwortlichen verloren sich lange Zeit in spitzfindigen Wortklaubereien, ob das nun ein Krieg sei oder nicht und überließen die Antworten auf die immer quälenderen Fragen den Medien und der Opposition. Das ist schlecht, vertreten diese doch im Zweifelsfall eigene Interessen.

Friedensmission Afghanistan – ein gescheitertes Projekt? Ist es Zeit, Afghanistan sich selbst zu überlassen? Der neue Verteidigungsminister zu Guttenberg scheint eine Rückzugsoption in Erwägung zu ziehen. Das mag richtig sein oder nicht, eine ergebnisoffene Debatte ist jedenfalls längst überfällig. Höchste Zeit, das Missionsziel zu thematisieren und über Sinn und Zweck, Aussichten und Gefahren neu nachzudenken und zu informieren. Das ist die Regierung der Öffentlichkeit, der Bundeswehr und den trauernden Angehörigen der Opfer schuldig. Steht sie doch sonst lediglich als Büttel alliierter Bündnispolitik hilflos da. *Karin Hammer*



Bringt er eine Wende in der deutschen Afghanistanpolitik? Zumindest scheint zu Guttenberg nicht vor einer Debatte über den Sinn des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zurückzuschrecken. Nach der defensiven Ausweich- und Desinformationspolitik seines Vorgängers Jung wagt es der neue Verteidigungsminister immerhin, Worte wie „Krieg“ oder „Rückzugsoption“ in den Mund zu nehmen. Hier zu sehen bei einem überraschenden Kurzbesuch bei den deutschen Truppen in Afghanistan kurz nach seinem Amtsantritt. Foto: picture alliance

Niklas Schörnig

Am 2. November 2009 nahm der Verteidigungsminister der neu gebildeten schwarz-gelben Bundesregierung, Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), befragt zur Situation in Afghanistan, zum ersten Mal das verpönte „K-Wort“ in den Mund: Krieg. Zumindest attestierte er in einem Interview mit der Bild-Zeitung „in Teilen Afghanistans“ gäbe es „fraglos kriegsähnliche Zustände“¹.

Mit diesem Tabubruch bringt zu Guttenberg Bewegung in die lange festgefahrene Rhetorik der Bundesregierung. Sein Vorgänger, Franz Josef Jung (CDU), hatte noch um jeden Preis die Bezeichnung Krieg für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gescheut – mit Unterstützung der alten und neuen Kanzlerin Angela Merkel.

Noch am 8. September hatte Merkel in ihrer Regierungserklärung, aus Anlass des Luftangriffs auf zwei von den Taliban gekaperte Tanklastzüge wenige Tage zuvor, mit keinem Wort erwähnt, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan deutlich verschlechtert hat und der Konflikt eskaliert.

Das Eingeständnis, die Situation der Bundeswehr habe sich seit Beginn des Einsatzes vor nunmehr acht Jahren deutlich verändert, kam Merkel nicht über die Lippen. Dass der Einsatz von den beteiligten Soldaten längst nicht mehr als reine Stabilisierungsmaßnahme wahrgenommen wird und es immer öfter zu intensiven Gefechtshandlungen kommt, verschwieg die Kanzlerin.

Zu Guttenberg bricht mit seinem Vorstoß, wenn auch zögerlich, mit der bisherigen Strategie des Verteidigungsministeriums und Bundeskanzleramtes: den Konflikt in Afghanistan rhetorisch zu verharmlosen,

über die offensichtlich veränderte Lage hinwegzureden und eine Debatte über Sinn und Zukunft des deutschen Beitrags zum internationalen Einsatz zu unterbinden.

Offensichtlich konnte bislang nicht sein, was nicht sein durfte: Die Bundeswehr hat ihren Einsatz immer auf den verhältnismäßig ruhigen Norden konzentriert – dass nun auch hier Kampfhandlungen wie im schon immer unruhigeren Süden zu erleben sind, widerspricht der lange auch durch die Bundesregierung gehegten Einschätzung, der zentrale Zweck des Einsatzes sei ein humanitärer, kein militärischer.

Die Debatte über die Frage, ob die Bundeswehr in Afghanistan in einen „Krieg“ verwickelt sei, und die vehemente Ablehnung des Begriffes durch das BMVg (Bundesministerium der Verteidigung) war bislang die sichtbarste Zuspitzung des Versuchs, an einem Bild festzuhalten, das, obwohl immer mehr deutsche Soldaten in Afghanistan ihr Leben verlieren, einem Einsatz des Technischen Hilfswerks gleichen soll. Dabei drängte sich der Eindruck auf, die Debatte werde von den Vertretern des BMVg bewusst in einen für den in juristischen Spitzfindigkeiten nicht bewanderten Beobachter unzugänglichen Bereich geführt, um von einem zentralen Problem abzulenken: Das ursprüngliche Ziel, das mit dem deutschen Einsatz im Rahmen der UN-mandatierten ISAF verfolgt wurde – die Stabilisierung und Befriedung Afghanistans in der post-Taliban Phase – scheint in immer weitere Ferne zu rücken. Auf der anderen Seite registriert die deutsche Öffentlichkeit zunehmend besorgt die wachsende Anzahl deutscher Opfer, was die innenpolitische Situation für die Regierung weiter verschärft.

Auch wenn die Strategie der Bundesregierung, den Einsatz kleinzureden, zunächst rational und nachvollziehbar erschien, so ist inzwischen ein Punkt erreicht, der ein klares Bekenntnis zu den Gefahren und Problemen des Einsatzes, eine ehrliche Debatte über Ziele und Zweck und auch klare Entscheidungen erfordert. Zu Guttenbergs Stellungnahme ist bislang bestenfalls ein zaghafter Vorstoß in diese Richtung.

Sollten die Verantwortlichen in der Regierung es weiterhin vorziehen, sich um deutliche Aussagen herumzumogeln, manövriert die deutsche Politik in eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg geben kann. In Berlin steht man vor einem Scheideweg:



Ende 2001 beschloss der Deutsche Bundestag auf Antrag der Bundesregierung (unter dem damaligen Kanzler Schröder) die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom sowie am ISAF-Einsatz. Galten die deutschen Einsatzgebiete im Norden des Landes zunächst noch als relativ ruhig, hat sich die Lage seit einigen Monaten drastisch verschlechtert und droht auf das Niveau im Süden herabzusinken.
Foto: Streitkräfteamt Abt. I, Bildarchiv IMZBw

Entweder man nimmt eine Eskalation des Konfliktes hin – und vertritt diese Eskalation auch offensiv – oder zieht die Truppen so schnell wie möglich ab.

Stell Dir vor es ist Krieg und keiner gibt's zu...

In der deutschen Öffentlichkeit wird der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan schon länger nicht mehr als reiner Stabilisierungseinsatz, sondern als etwas Schwerwiegendes, Fundamentales angesehen. Die Sicherheitslage ist in ganz Afghanistan mittlerweile angespannt bis prekär: Umfangreiche Gefechte und immer blutigere Kämpfe lösen zunehmend zivile Aufbauhilfe und Stabilisierung durch schiere Präsenz ab. Die Bundesregierung nahm diese Entwicklung bislang kaum oder bestenfalls deutlich zeitverzögert zur Kenntnis: Noch 2006 galt es, das Wort „Kampfeinsatz“ nach Möglichkeit zu vermeiden und stattdessen die Euphemismen „robuste Einsätze“, „Notwehr“ und „Selbstverteidigung“ im Rahmen des Stabilisierungseinsatzes zu bemühen. Im Sommer 2009 schließlich hatte das Wort „Kampfeinsatz“ in den Ohren vieler politischer Beobachter einen fast schon verharmlosenden Klang – auch wenn der überwiegende Teil der deutschen Operationen immer noch im Bereich der Stabilisierung und nicht im Be-

reich der Kampfhandlungen liegt. Allerdings treffen die Befürworter des Kriegsbegriffs zunehmend die gefühlte Realität der Truppen vor Ort. Sowohl Teile der deutschen Öffentlichkeit, als auch viele der in Afghanistan stationierten Soldaten haben nach einer ersten ruhigeren Phase im relativ friedlichen Norden des Landes inzwischen das Gefühl, die „Kampfhandlungen“ hätten ein Niveau erreicht, das den Rückgriff auf den Kriegsbegriff rechtfertigt.

Gerade diese gefühlte Realität ist es, die Verteidigungsminister zu Guttenberg nun in seinem Interview aufgriff: Er, so argumentierte der Minister, „verstehe jeden Soldaten, der sagt: ‚In Afghanistan ist Krieg, egal, ob ich nun von ausländischen Streitkräften oder von Taliban-Terroristen angegriffen, verwundet oder getötet werde‘“. Auffällig ist aber, dass zu Guttenberg an keiner Stelle formuliert, die Bundeswehr befinde sich faktisch in einem Krieg. Zunächst konstatiert er „kriegsähnliche Zustände“ „in Teilen Afghanistans“, ohne diese genau zu benennen, und äußert zweitens Verständnis für die Empfindungen der Soldaten.

Er nutzt allerdings auch weiterhin den vom Vorgänger gebrauchten Begriff des Kampfeinsatzes. Darüber hinaus übernimmt zu Guttenberg die Argumentation seines Vorgängers, völkerrechtlich sei der Gebrauch des Begriffes „Krieg“ nicht korrekt, weil dieser auf eine Situation zwischen

Staaten anzuwenden sei, gleichwohl passe „manche herkömmliche Wortwahl für die Bedrohung von heute nicht mehr wirklich“. Ein bisschen Ja, aber auch wieder Nein, ein „Paradigmenwechsel“, den die Bildzeitung in dem Interview mit dem Minister sah, sieht anders aus. Insgesamt scheint zu Guttenberg das Afghanistan-Bild seines Vorgängers eher zu differenzieren, als es radikal umzuzeichnen, er setzt sich politisch geschickt, aber in der Sache äußerst behutsam, von Jung ab, ohne die bisherige Argumentationslinie des BMVg zu verlassen.

Noch vor wenigen Wochen hatten Gegner des Kriegsbegriffs fast immer argumentiert, der Kriegsbegriff sei völkerrechtlich für eine bestimmte Kategorie einer bewaffneten Auseinandersetzung reserviert, entsprechend habe der Gebrauch des Begriffes durch Vertreter der Bundesregierung rechtliche Konsequenzen, wie z.B. die Anerkennung der Taliban als Konfliktpartei. Völkerrechtlich gesichert sind diese Argumentationslinien allerdings nicht – im Gegenteil. Erstens herrscht unter Völkerrechtlern inzwischen weitgehend Einigkeit, dass der Kriegsbegriff keine völkerrechtlich relevante Kategorie mehr ist und bestenfalls untergeordnete Relevanz besitzt. In der Charta der Vereinten Nationen taucht der Kriegsbegriff deshalb auch nur noch in der Präambel auf – um das Ziel zu formulieren, „künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren“. Ansonsten spricht die UN-Charta bewusst von *Gewalt in den internationalen Beziehungen* und nicht mehr von Krieg. Diese rechtliche Überwindung des Kriegsbegriffs findet sich aber nicht nur in der Charta, sondern umfasst alle wesentlichen völkerrechtlichen Dokumente zum Thema internationale Gewalt – bis hin zum ehemaligen „Kriegsrecht“, das heute als „Recht bewaffneter Konflikte“ oder „humanitäres Völkerrecht“ bezeichnet wird. Der international renommierte Völkerrechtler Michael Bothe kommt deshalb zu dem Schluss, „als Rechtsbegriff [habe] der ‚Krieg‘ ausgedient“.²

Wenn der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung, Christian Schmidt, am 12. November 2008 auf eine Anfrage des Abgeordneten Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) vor dem Bundestag also behauptet, die Bundesregierung orientiere sich begrifflich an dem, „was das Völkerrecht uns als Grundlage bietet ... und

was wir ... national zu übernehmen *verpflichtet* [Hervorhebung NSg] sind“, so ist dies selbst bei freundlichster Interpretation eine deutliche Übertreibung bzw. eine überholte Interpretation des Völkerrechts.

Auch das innenpolitische Argument, mit der Bezeichnung „Krieg“ sei auf Basis des Grundgesetzes automatisch eine Übergabe der Befehlsgewalt über die Bundeswehr vom Verteidigungsminister an die Bundeskanzlerin gegeben, ist juristisch fragwürdig. So spricht das Grundgesetz in Artikel 115a explizit vom „Verteidigungsfall“, der gegeben sei, wenn das „Bundesgebiet“ mit Waffengewalt angegriffen würde oder wenn ein solcher Angriff unmittelbar drohe. Nur für diesen Fall sieht das Grundgesetz die Übergabe der Befehlsgewalt vor. Auch wenn der ehemalige Verteidigungsminister Struck die heikle These vertrat, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt, so ist Afghanistan doch kaum dem Bundesgebiet zuzurechnen, der Verteidigungsfall mithin nicht gegeben.

Immer mehr Völkerrechtler argumentieren deshalb inzwischen, dass in Afghanistan objektiv betrachtet ein „bewaffneter Konflikt“, genauer ein „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ herrsche, eine Situation, die man klassisch als Bürgerkrieg bezeichnet, in den die Bundeswehr durch ihre Parteinahme für die Regierung verwickelt sei. Der „bewaffnete Konflikt“ ist – im Gegensatz zum Krieg – eine klare völkerrechtliche Kategorie, die die Anwendung des humanitären Völkerrechts gebietet. So argumentierte der Völkerrechtsprofessor Claus Krefß zu Recht jüngst im Spiegel, „dass die Kampfführung in einem solchen internen Konflikt ähnlichen Regeln unterliegt wie die im Staatenkrieg“ (Der Spiegel 40/2009, S. 26).

Auch die Politikwissenschaft hat sich inzwischen von der Vorstellung verabschiedet, Krieg könne nur im Sinne des westfälischen Staatensystems als „großer“ Krieg zwischen zwei Nationalstaaten gedacht werden und geht mit dem Begriff des Krieges entsprechend großzügig um – zumal es, wie eben dargelegt, keine völkerrechtlich verbindliche Definition des Krieges gibt. In den meisten Definitionen, die Krieg beschreiben, gibt es eine Schwelle von 1000 Toten, die erreicht sein müssen, um von einem Krieg zu sprechen. Dieses Kriterium ist in Afghanistan inzwischen erfüllt.

Erkenntnis aus dem Jahr 1795

„Wenn ... die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten (als da sind: selbst zu fechten, die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstungen, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich eine noch eine den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher, immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.“

Immanuel Kant, Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden, 1795

Warum aber weigert sich die Bundesregierung so beharrlich, die Teilnahme an einem bewaffneten Konflikt in Afghanistan als Faktum zu akzeptieren?

Die Diskrepanz zwischen Ziel und Zustand

Ziel der Rhetorik des Verteidigungsministeriums und der Bundeskanzlerin der letzten Monate und Jahre war es, der inhaltlichen Debatte um Sinn und Zweck des Afghanistaneinsatzes zu entgehen. Das von Vertretern des BMVg in der Vergangenheit vorgebrachte Argument, der Einsatz der Bundeswehr diene der Stabilisierung Afghanistans und die Haupttätigkeit der Bundeswehr sei eben nicht die „Kriegs“führung, weshalb der Begriff zusätzlich auch inhaltlich falsch sei, geht am eigentlichen Problem vorbei, da sie auf die Beschreibung des *ursprünglichen* Einsatzzieles abzielt. Wenn sich Beobachter der Lage heute den Begriff des Krieges zu eigen machen, so beschreiben sie den *aktuellen* Zustand in Afghanistan, der sich eben nicht an Wünschen und dem ursprünglichen Ziel orientiert und der zeigt, dass man die Situation der Bundeswehr nicht isoliert und ohne Berücksichtigung des gesamten Lagebildes betrachten kann.

Umgekehrt betrachtet wird die Situation klarer: Was bislang rhetorisch verschleiert werden sollte, war genau die Tatsache, dass sich *Ziel* und *Zustand* des Einsatzes immer stärker auseinanderbewegen – auch wenn die Sicherheitslage im Norden (also dort, wo sich die Bundeswehreinheiten im Rahmen von ISAF befinden) noch nicht ganz

auf das kritische Niveau im Süden herabgesunken ist.

Würde man sich auf eine umfassende Debatte über den Kriegsbegriff, gleich in welcher Definition oder Qualifikation einlassen und sich den Begriff zu eigen machen, oder würde man gar – völkerrechtlich korrekt – anerkennen, in einen „bewaffneten Konflikt“ verwickelt zu sein, hieße das, automatisch die endgültige Eskalation des Konfliktes, die drastische Verschlechterung der Sicherheitslage und den sich nicht einstellenden Stabilisierungserfolg, einzugestehen.

Dabei nahm man in Berlin auch in Kauf, dass diese Verschleierung auf dem Rücken der Angehörigen der Bundeswehr ausgetragen wird. Denn durch das Herunterspielen des Einsatzes befinden sich die deutschen Soldaten rechtlich in einer ausgesprochen problematischen Situation. Für sie gelten beim Waffeneinsatz die strengen rechtlichen Maßstäbe eines Polizeieinsatzes. Sie müssen, kommen bei einem Waffeneinsatz unbeteiligte Zivilisten zu Schaden, mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen. Eiserne Regel des bewaffneten Kampfes ist es allerdings, dass in ihm Unschuldige ums Leben kommen können. Schon allein deshalb erscheint die Position der Bundesregierung nicht nachvollziehbar und an dieser Situation hat die Einlassung zu Guttenbergs mitnichten etwas geändert.

Hinzu kommt, dass der vom BMVg – und auch von zu Guttenberg – präferierte Begriff „Kampfeinsatz“ suggeriert, man habe die Kontrolle über das Geschehen. Der Begriff Krieg hingegen wird gerade vor dem Hintergrund der deutschen historischen Erfahrungen mit Handlungszwängen, Aus-

geliefertheit, Zerstörung und Leid assoziiert – Assoziationen, die man in Bezug auf den Bundeswehreininsatz vermeiden möchte. Im BMVg herrschte bislang offenbar die Angst, die Veränderung des Zustands in Afghanistan habe Auswirkungen auf die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Einsatz – wie noch zu sehen sein wird, eine nicht unbegründete Vermutung.

Umfragen, die das sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr 2007 selbst durchgeführt hat, belegen, dass die Zustimmungen zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland dann am größten ist, wenn im Auftrag moralische Verantwortung oder nationale Verantwortung gegeben sind, gleichzeitig aber der Einsatz militärischer Gewalt als nicht notwendig erscheint – oder zumindest nicht aus der Einsatzbeschreibung abgeleitet werden kann. Folgt man der landläufigen – und auch in den politikwissenschaftlichen Definitionen zum Ausdruck kommenden – Vorstellung, dass der Begriff „Krieg“ zwangsläufig die Anwendung militärischer Gewalt impliziert, so erkennt man, dass eine verbale Zuspitzung des Konflikts durch das BMVg ganz zwangsläufig die Zustimmung zum laufenden Einsatz gefährden würde.

Diese Problematik wird dann potenziert, wenn man einen weiteren Faktor mit berücksichtigt: die langsam ansteigende Anzahl deutscher Opfer.

Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, gilt es zunächst, vom konkreten Fall zurückzutreten und sich die Erkenntnisse der aktuellen Forschung zu vergegenwärtigen.

Die Bedeutung eigener und fremder Opfer

Eigene Verluste bei Militäreinsätzen gelten gerade in westlichen Demokratien als politisch ausgesprochen heikel und seit 1989 hat sich die vermutete „Opfersensibilität“ westlicher Staaten noch verstärkt. Denn während man im Kalten Krieg die zu erwartenden eigenen Opfer einer militärischen Auseinandersetzung in Tausenden oder Zehntausenden maß, zeigte das Beispiel des Golfkriegs des Jahres 1991 sehr schnell, dass die Kriege bzw. militärischen Konflikte der Zeit nach der Blockkonfrontation zumindest für technologisch hoch-

Erkenntnis aus dem Jahr 2007

„Die Bevölkerung ist auch mit einem nur begrenzten Wissen durchaus in der Lage, einen Auslandseinsatz wie ISAF anhand seiner Effektivität zu bewerten. Dabei werden nicht nur negative Impulse beispielsweise aus den Medien verarbeitet, sondern auch positive Aspekte gewürdigt, sofern sie den Menschen bewusst sind. Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung, die sowohl über die Motive und Ziele eines Einsatzes aufklärt, Fortschritte aufzeigt, aber auch Herausforderungen und Risiken nicht ausspart, sind also zentrale Elemente einer effektiven Vermittlung der Auslandseinsätze in der Bevölkerung.“

(Fazit des Kapitels „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ in einer großangelegten Bevölkerungsumfrage zum Thema „Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007)
www.sowi.bundeswehr.de/fileserving/PortalFiles/02DB04000000001/W27KABES001INFODE/Forschungsbericht%2086.pdf (19.11.09)

gerüstete westliche Armeen praktisch verlustfrei zu führen seien.

Zwar wird immer wieder argumentiert, jede Armee strebe danach, ihre eigenen Verluste minimal zu halten, weshalb das Ziel der Minimierung eigener Opfer im Kampf kein Spezifikum westlicher Staaten sei, aber es gibt gute Gründe, westlichen Staaten eine besondere Opfersensibilität zu unterstellen. Schon Immanuel Kant verwies in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahr 1795 darauf, dass freie Bürger Kriege dann ablehnen würden, wenn sie „die Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten“. Moderne Autoren interpretieren Kant an dieser Stelle so, dass die politischen Entscheider in einer Demokratie auf diese Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger Rücksicht nehmen und bei der Entsendung eigener Truppen entsprechend Vorsicht walten lassen müssen.

Aber wie opfersensibel sind die deutschen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich? Bislang hatte die Forschung vor allem die USA im Blickfeld, da sie als Prototyp des für Opfer sensiblen westlichen Staates gelten. Allerdings kann man durchaus vom Beispiel der USA – vorsichtige – Schlüsse für die Situation in Deutschland zu ziehen.

Opfersensibilität am Beispiel USA

Schon im Ersten und noch mehr im Zweiten Weltkrieg zeichnete sich die Kriegsführung der amerikanischen Armee durch deutlich größere Rücksicht auf die eigenen Truppen aus, als dies bei nichtdemokratischen Staaten der Fall war. Das Trauma des Vietnamkrieges, so die oft zitierte These, verstärkte die Sensibilität gegenüber eigenen Verlusten und führte bei der politischen Elite, aber auch den Militärs, zu der Überzeugung, der amerikanischen Öffentlichkeit seien eigene Verluste nur in sehr begrenztem Maß zuzumuten und mit Unterstützung für militärisches Engagement sei nur dann zu rechnen, wenn die Kriege praktisch verlustfrei geführt würden. Seit den 1990er Jahren wird deshalb von einem „neuen westlichen Wegs der Kriegsführung“ gesprochen, der bestenfalls keine, zumindest aber minimale eigene Opfer garantieren soll. Entsprechend wurden die Resultate des Golfkrieges 1991 (ca. 150 im Kampf gefallene US-Amerikaner

), des Kosovo-Krieges (keine alliierten Verluste) und des Golfkrieges 2003 (139 gefallene US-Soldaten bis zum „offiziellen“ Ende der Kampfhandlungen am 1. Mai 2003) als Erfolge einer auf qualitative und quantitative Überlegenheit setzenden Strategie gewertet. Auch wird immer wieder auf die Erfahrung der USA in Somalia 1993 verwiesen, als der Tod von 18 US-Rangern zu einem Rückzug der Truppen führte – offensichtlich, weil die erlittenen Opfer als zu hoch wahrgenommen wurden und man weitere amerikanische Opfer nicht mehr tolerieren wollte.

Neuere Studien argumentieren allerdings, dass die amerikanische Öffentlichkeit in deutlich höherem Maß bereit sei, eigene Opfer hinzunehmen, als ihr von ihren Volksvertretern unterstellt wird. So zeigt sich z.B. im Fall Somalia, dass sich die politischen Eliten in ihrer Einschätzung einer sehr opfersensiblen Bevölkerung irrten. Umfragen zufolge war der Rückzugsimpuls bei den Bürgerinnen und Bürgern wesentlich geringer ausgeprägt, als bei den Eliten in Washington selbst. Ein nicht unerheblicher Anteil der Amerikaner befürwortete sogar eine weitere Stationierung, um die Verantwortlichen für die Ermordung der amerikanischen Soldaten zur Rechenschaft zu ziehen. Offensichtlich spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, wenn es um die Bereitschaft einer Gesellschaft geht, eigene Opfer zu akzeptieren.

Einigkeit herrscht unter den Experten, dass im Fall der nationalen Verteidigung jede demokratische Bevölkerung hohe eigene Opferzahlen akzeptiert. Es ist auch ein bekanntes Muster, durch die Verweise auf eine (vermeintliche?) nationale Bedrohung die grundsätzliche Bereitschaft für eine Kriegsbeteiligung innerhalb der Bevölkerung überhaupt erst zu erzielen. Allerdings sind Kriege, denen man sich zur Selbstverteidigung *notwendigerweise* stellen muss, für westliche Staaten zurzeit praktisch nicht mehr relevant. Einige Experten sprechen schon davon, der große zwischenstaatliche Krieg sei insgesamt im Aussterben begriffen und gehöre der Vergangenheit an.

Anders hingegen verhält es sich mit „Kriegen nach Wahl“, bei denen es immer auch die Möglichkeit gibt, sich gegen eine Teilnahme zu entscheiden. Hier kommen amerikanische Forscher, wie z.B. Eric Larson, zu dem Schluss, das mit einem militärischen Einsatz verbundene „nationale

Offizielles Umdenken?

Die Toten unserer Bundeswehr sind nicht anonym. Hinter jedem Namen verbirgt sich ein persönliches Schicksal. Wir nennen ihre Namen und zeigen damit, dass wir niemanden vergessen wollen.

Aus der Rede des ehemaligen Verteidigungsministers Jung anlässlich der Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr.

Interesse“ sei ein sehr wichtiger Faktor für den Grad der Sensibilität der Bevölkerung gegenüber eigenen Opfern. Je stärker das „nationale Interesse“ betroffen sei, desto höher die Akzeptanz eigener Opfer und vice versa. Allerdings ist das Konzept des vermeintlich klaren „nationalen Interesses“ bei genauerer Betrachtung ausgesprochen schillernd. Über den wohl konsensfähigen Allgemeinplatz hinaus, Sicherheit des Überlebens sei für jeden Staat elementar und damit von zentralem Interesse, bleibt der Begriff inhaltsleer. Schon wirtschaftliche Prosperität wird nicht mehr ungeteilt als mit Militärgewalt zu verteidigendes nationales Interesse verstanden. Was tatsächlich im „nationalen Interesse“ ist, ist für konkrete Einsätze ausgesprochen schwierig objektiv zu bestimmen. Als Gradmesser wird oft auf die Einigkeit der innerstaatlichen Debatte verwiesen. Je stärker die Einigkeit der politischen Eliten über Sinn und Zweck eines Einsatzes, um so stärker scheint das nationale Interesse tatsächlich betroffen zu sein. Konsequenterweise weiter gedacht bedeutet dies, dass der Grad der Opfersensibilität der Bürgerinnen und Bürger in wesentlichem Maß durch die Einigkeit bestimmt wird, mit der die politischen Eliten – u.U. aber auch die Massenmedien! – einen Einsatz diskutieren. Das heißt: Je größer die Einigkeit in der Einschätzung zwischen den politischen Lagern, desto größer ist die Bereitschaft der Bevölkerung, im Rahmen dieses Einsatzes auch eigene Opfer zu tolerieren. Dies bedeutet auch, dass für *rein humanitäre Interventionen* mit einer Bereitschaft eigene Opfer hinzunehmen gerechnet werden kann, sofern sich die politische Elite (wiederum inklusive einflussreicher Medien) über die Bedeutung eines solchen Einsatzes einig ist und dies entsprechend kommuniziert.

Ebenfalls von eminenter Bedeutung sind der Konfliktverlauf und die Entwicklung der eigenen Verluste im Zeitablauf. Neuere Untersuchungen zeigen, dass die absolute Zahl eigener Opfer wenig Einfluss auf die öffentliche Meinung hat, solange die Öffentlichkeit überzeugt ist, die bisherigen Opfer seien für eine sinnvolle Sache gestorben, d.h. so lange die Öffentlichkeit an einen Abschluss des Einsatzes im Sinne der ausgegebenen Ziele glaubt. Steht der Sinn allerdings in Frage oder rückt die Umsetzung der Ziele in weite Ferne, dann führen zusätzliche Opfer zu einem negativen Ein-

fluss auf die öffentliche Meinung. U.U. werden auch die bisherigen eigenen Opfer neu bewertet, da man diese Opfer nun in einem neuen Licht sieht.

Peter Feaver und Christopher Gelpi zeigen am Beispiel Vietnam, dass die öffentliche Meinung in den USA erst dann zu kippen begann, als trotz steigender Opferzahlen ein militärischer oder politischer Sieg in immer weitere Ferne rückte. Sie sprechen deshalb davon, die amerikanische Öffentlichkeit sei nicht Opfer- sondern Niederlagenavers. Für den Konflikt im Irak schließen sie analog, dass Präsident George W. Bush weniger der über Jahre konstante Blutzoll angelastet wurde, als die Tatsache, dass die Befriedung und Demokratisierung des Landes trotz dieser hohen Opfer immer unrealistischer erschien und sich keine militärischen Fortschritte abzeichneten. Dieser Befund kann den scheinbaren Widerspruch auflösen, die Öffentlichkeit nehme mehr Opfer hin als die politischen Eliten annehmen und sei unter Umständen sogar bereit, die Truppen auch nach Rückschlägen noch eher aufzustocken als sie abzuziehen – wie oben am Beispiel Somalia beschrieben. Denn solange die Öffentlichkeit eine Chance sieht, den Einsatz wie gewünscht abzuschließen oder sogar noch auszuweiten – z.B. durch den Einsatz zusätzlicher Truppen –, führen eigene Opfer nicht zu dem unterstellten Rückzugsimpuls. Erst Opfer plus schwindende Siegeschancen ergeben eine für die Politik gefährliche Mischung.

Opfersensibilität in Europa

Für Europa – und speziell für Deutschland – ist die Forschung noch nicht so fortgeschritten wie für die USA. Zudem basieren europäische Studien bislang fast ausschließlich auf der Formulierung von hypothetischen Szenarien und der Bereitschaft, in solchen fiktiven Szenarien eigene Opfer hinzunehmen. Eine vergleichende Studie verschiedener europäischer Länder, die auch Deutschland umfasst, kam vor einigen Jahren für Europa zu dem Schluss, dass die Bereitschaft, in Konflikten eigene Opfer hinzunehmen, deutlich stärker ausgeprägt ist, als es die meisten nationalen Regierungen annehmen. Ob diese auch tatsächlich hingenommen würden, bleibt offen. Außerdem wurde die umfassendste Studie zum Thema, von Philip Evers und Pieran-

gelo Isernia, noch vor den Erfahrungen des Afghanistan- und Irak-Einsatzes angefertigt. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch hier der Verlauf des Einsatzes einen ähnlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung wie in den USA hat, und die Kongruenz zwischen erklärtem Ziel und dem tatsächlichen Verlauf sowie die Harmonie der einheimischen Debatte ebenfalls von entscheidender Bedeutung sind.

Dass eigene Opfer aber auch in Europa ganz konkret Wirkung auf die öffentliche Meinung haben können, zeigt die aktuelle Entwicklung in Großbritannien: Der Tod von sechs britischen Soldaten innerhalb einer Woche hat die britische Öffentlichkeit nachhaltig erschüttert, so dass sich inzwischen jeder dritte Brite für einen Sofortabzug der Truppen aus Afghanistan ausspricht.

Die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Toten

Wenn bislang der Fokus ausschließlich auf Opfer unter den eigenen Soldaten gerichtet war, so ist dies dem Umstand geschuldet, dass es bislang praktisch keine belastbaren Studien gibt, die den Zusammenhang zwischen zivilen Opfern und der Einstellung der Bevölkerung zu einem Einsatz betrachten. Vieles spricht aber dafür, dass *zivile fremde Opfer* gegenüber *eigenen soldatischen Opfern* eine geringere Wertigkeit haben, also eine *Normenhierarchie* vorliegt, auch wenn es sich gerade westliche Staaten zur Aufgabe machen, zivile Opfer zu minimieren. In dieser Hierarchie wird zivilen Opfern unter der eigenen Bevölkerung die höchste Bedeutung zugemessen. Verluste an eigenen Soldaten stehen in der Hierarchie an zweiter Stelle, während zivile Verluste der Gegenseite oder einer dritten Partei weniger Bedeutung erlangen.

Ganz unten in der Aufmerksamkeit stehen militärische Verluste der Gegenseite. Diese scheinen praktisch keine Resonanz in der Öffentlichkeit zu erzeugen. Diese Abstufung erscheint zunächst zynisch und nicht intuitiv. Verfolgt man allerdings aufmerksam die öffentliche Berichterstattung, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in eigentlich allen westlichen Staaten zivilen Opfern eine geringere mediale Aufmerksamkeit als eigenen gefallenen



Bald schon nicht mehr möglich? Soldaten der Bundeswehr patrouillieren durch die Hauptstraße von Feyzabad. Zunehmende Selbstmordattentate zwingen die Soldaten zum Rückzug aus den Straßen und zur Distanz zur afghanischen Bevölkerung. Das ist schlecht, verspielt man doch so das mühsam aufgebaute Vertrauen zu den Einheimischen. Wenn man eine klare Stellungnahme der Afghanen gegen die Taliban und für den Westen erwartet, darf der direkte Kontakt nicht abbrechen.

Foto: Streitkräfteamt Abt. I, Bildarchiv IMZBw
© 2008 Bundeswehr/Stollberg

Soldaten zukommt. Während auch über einzelne eigene Tote berichtet wird, liegt die Aufmerksamkeitsschwelle bei zivilen Opfern höher.

Einige Studien kommen inzwischen sogar zu dem Schluss, dass gerade westliche Demokratien geneigt sind, sich bei der Abwägung zwischen eigenen und zivilen Opfern immer zugunsten der eigenen Soldaten zu entscheiden. Als Beispiel wird z.B. der Kosovo-Konflikt angeführt, als NATO-Piloten den spezifischen Befehl hatten, eine Mindestflughöhe nicht zu unterschreiten, um so der jugoslawischen Flugabwehr zu entgehen. Dass die Präzision der Bombenangriffe gesenkt – und damit die Wahrscheinlichkeit ziviler Opfer erhöht – wurde, wurde billiger in Kauf genommen.

Trotzdem können zivile Opfer die Einstellung der Bevölkerung auf zwei Wegen beeinflussen:

Erstens zeigen umfangreiche zivile Opfer die Leiden des Krieges in besonderer Weise auf und stellen damit den westlichen normativen Anspruch, Unschuldigen kein Leid zuzufügen, in Frage. Zweitens signalisieren sie eine Eskalation und die zunehmende Härte des Konflikts, was darauf hindeutet, dass das ausgegebene Ziel mit den bisherigen Maßnahmen nicht mehr zu erreichen ist und fachen die Debatte über Sinn und Zweck eines Einsatzes zusätzlich an.

Die Folgen der zunehmenden Opfersensibilität für den Einsatz des Militärs

Das Zusammenspiel zwischen Verlauf, öffentlicher Debatte und Opfersensibilität trägt für die politischen Entscheider die Gefahr, in ein nicht zu entschärfendes Dilemma zu geraten: Verläuft ein Einsatz nicht wie geplant (z.B. werden keine Massenvernichtungswaffen gefunden), werden Zielvorgaben nicht erfüllt („Befriedung“ einer Region innerhalb eines Zeitplans) oder lässt sich das Ziel nur schwer erfüllen (Demokratisierung, flächendeckende Sicherheit, Wiederaufbau), wird eine Diskussion über Sinn und Zweck des Einsatzes entfacht. Eigene Opfer werden neu bewertet, die Sensibilität gegenüber den eigenen Opfern steigt.

An dieser Stelle kann es sich also für eine Regierung rächen, einen Einsatz zunächst verbal herunterzuspielen und mögliche Gefahren herunterzureden. Problematisch wird die Situation für die politischen Entscheider dann, wenn der nationale Konsens über den Sinn und Zweck des Einsatzes zerbricht: Die Bevölkerung wird nun noch sensibler auf neue Opfer reagieren und auch den Tod der bisherigen Opfer neu bewerten. Akzeptierte man anfangs eigene Opfer noch, da man sie als notwendiges Übel für

Die Opfer des Krieges

In Afghanistan sind nach Angaben der unabhängigen Internetseite icasualties.org seit 2001 bislang 1443 Soldaten westlicher Staaten ums Leben gekommen. Darunter waren 848 Amerikaner, 231 Briten, 133 Kanadier, 36 Franzosen und 34 Deutsche.

Angaben zu den zivilen Opfern des Konfliktes gibt es für den gesamten Zeitraum nicht.

Nach einem Bericht der Unterstützungsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan (United Nations Assistance Mission in Afghanistan, UNAMA), waren im ersten Halbjahr 2009 1013 Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung zu beklagen, was gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr einen Anstieg um 24% ausmachte. Der Bericht der UNAMA kommt zu dem Schluss, dass sowohl Regierungsgegner, als auch die Regierung unterstützende Truppen für den Anstieg verantwortlich seien, obwohl eingeräumt wird, dass die internationalen Truppen der Vermeidung ziviler Opfer höchste Priorität eingeräumt haben.

Quelle: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1783&ctl=Details&mid=1882&Itemid=4981> (19.11.09)



Was braucht Afghanistan? Wie kann man dem Land helfen, zu Frieden und Normalität zu finden, ohne korrupten Politikern, Kriegsfürsten oder den Taliban in die Hände zu spielen? Auch wenn keine Patentrezepte zu erwarten sind, ist die Debatte über Ziel und Ausmaß des Afghanistan-Einsatzes, die zu Guttenberg angestoßen hat, sinnvoll.

Foto: Streitkräfteamt Abt. I, Bildarchiv IMZBw
© 2008 Bundeswehr/Stollberg

das übergeordnete Ziel begriff, so stellt sich nach dem Zusammenbruch des gesamtgesellschaftlichen Konsenses die Sinnfrage mit verstärkter Vehemenz. Sobald dieser Punkt erreicht ist, befindet sich die Regierung, die die Entsendung zu verantworten hat, in einer Opferfalle. Schon geringe Veränderungen der eigenen Verluste können nun dazu führen, dass die öffentliche Meinung kippt oder gar drastisch umschlägt.

Die Angst vor einem Umschlagen der öffentlichen Meinung führt aber zu einer Schockstarre, in der es militärisch gesehen praktisch keine sinnvolle Handlungsoption mehr gibt.

Behält man das bisherige Einsatzziel bei, exponiert sich weiterhin und versucht die damit verbundenen Aufgaben weiter zu erfüllen, setzt man sich der Gefahr zusätzlicher eigener Opfer aus, die die Debatte drastisch beeinflussen können. Dies ist politisch ein großes Risiko.

Schränkt man den Einsatz im Gegensatz dazu aber stärker ein, um die eigenen Soldaten nicht zu exponieren, z.B. indem man Patrouillen zu Fuß verbietet, bestenfalls nur noch im gepanzerten Fahrzeug durchführt oder sich gar ganz in das befestigte Lager zurückzieht, wird der Eigenschutz oberstes Gebot. Der Kontakt zur Zivilbevölkerung und das bereits aufgebaute Vertrauen gehen verloren, die eigentliche Zielvorgabe kann bestenfalls eingeschränkt, im Extrem-

fall überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden. Dies befeuert die Debatte um den Sinn und Zweck des Einsatzes, die Opfersensibilität steigt weiter, der Selbstschutz wird noch relevanter. Mit erhöhtem Selbstschutz ist meist das Verhalten verbunden, auf potenzielle Bedrohungen früher und mit zunehmender Vehemenz zu reagieren.

Je tiefer man in der Opfersensibilitätsfalle steckt, desto größer die Gefahr von Fehlurteilen, vorschnellen Schlägen und nicht mehr proportionalem Handeln. Dies erhöht wiederum die Gefahr von zivilen Opfern. Zwar fallen diese bis zu einem bestimmten Grad nicht so sehr ins Gewicht wie eigene Verluste, können aber ebenfalls Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. Auch signalisieren hohe zivile Opfer einen unerwünschten Verlauf des Einsatzes und heizen die nationale Debatte zusätzlich an.

Damit ergibt sich für die Regierung eine Situation, in der es kein richtiges Verhalten mehr gibt, weil kein Verhalten mehr den geregelten Ablauf des Einsatzes garantieren kann – ein *Catch 22*.

Die Bundesregierung in der Opferfalle?

Kommt man nun auf den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zurück, so spricht vieles dafür, dass die Opfersensibilitätsfalle

für die Bundesregierung im Begriff ist zu zuschnappen.

Die sehr lange Zurückweisung des Kriegsbegriffs (die nun bestenfalls zögerlich aufgehoben wird), das fehlende Eingestehen des Auseinanderklaffens zwischen Anspruch und Einsatzverlauf und das Festhalten an nicht mehr adäquaten Einsatzbeschreibungen sind vor diesem Hintergrund der ebenso nachvollziehbare wie inzwischen hilflose Versuch, eine umfangreiche öffentliche Debatte – und damit das endgültige Zerbrecen des breiten Parteienkonsenses über den Afghanistaneinsatz – zu verhindern. Wie lange das noch gelingen kann und wie lange sich die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf eigene Verluste durch das von Bundespräsident Köhler beschriebene „freundliche Desinteresse“ auszeichnet, ist fraglich.

Bislang (Stand November 2009) sind nach Angaben der privaten Internetseite icasualties.org, die für alle beteiligten Nationen die umgekommenen Soldaten in Afghanistan und im Irak auflistet, insgesamt 31 deutsche Soldaten sowie 3 deutsche Polizisten getötet worden.

Gerhard Kümmel und Nina Leonhard argumentierten in einem Aufsatz aus dem Jahr 2004, die deutsche Öffentlichkeit sei wohl nur in geringem Maß opferavers, wobei sie sich auf die Berichterstattung über getötete deutsche Soldaten in den Medien stützten. Aus dieser Perspektive erscheinen 34 deutsche Opfer nicht sonderlich problematisch, zumal die anderen NATO-Partner deutlich höhere Opferzahlen zu beklagen haben.

Allerdings ist die Grundhaltung der Bundesbürger gegen den Einsatz insgesamt ablehnend und schon seit einigen Jahren ist eine Mehrheit der Deutschen für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Im Frühjahr 2007 sprachen sich in einer vom Spiegel in Auftrag gegebenen Umfrage 57% der Deutschen für einen Abzug der Bundeswehr aus, während 36% den Einsatz befürworteten. Im Juli 2009 hatte sich der Prozentsatz der Kritiker auf 69% erhöht. Diese erhöhte Ablehnung geht Hand in Hand mit der Einstellung der deutschen Öffentlichkeit, die sich gegenüber deutschen Gefallenen inzwischen ebenfalls verändert hat und gegenüber eigenen Verlusten sensibler geworden ist. So zeigen Meinungsumfragen gerade dann besonders starke Ausschläge

zugunsten eines Abzugs, wenn deutsche Opfer zu beklagen sind, so z.B. im Sommer 2007 und im Sommer 2009.³

Ein weiterer Indikator für die zunehmende Relevanz eigener Opfer findet sich in der medialen Darstellung selbst, die sich gerade in den letzten ein bis zwei Jahren sichtlich verändert hat. Parallel mit der Verschärfung des Konflikts werden immer öfter Namen, Bilder und – wenn bekannt – kurze Biografien getöteter deutschen Soldaten an exponierter Stelle veröffentlicht – mit zum Teil nur noch kurzem zeitlichen Abstand zum Schutz der Angehörigen.

Für diese Veränderung gibt es verschiedene Gründe. Der erste Grund ist, dass bis zum Frühsommer 2003 kein deutscher Soldat durch „Feindeinwirkung“ ums Leben gekommen war. Zwar hatte es neun deutsche Opfer gegeben, allerdings waren zwei bei der Entschärfung von Flugabwehrraketen und sieben bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen – also bei Unfällen, wie sie im Militärbetrieb immer wieder vorkommen können.

Im Mai 2003 kam in Afghanistan der erste deutsche Soldat durch eine Landmine ums Leben, was in der Presse auch für eine veränderte Darstellung sorgte. In vielen deutschen Zeitungen wird seitdem zwischen Soldaten, die bei einem Unfall ums Leben kamen und solchen, die durch Feindeinwirkung bzw. im Rahmen von Kampfhandlungen ums Leben kamen, unterschieden und auch für beide Kategorien getrennt Statistik geführt. Auch wenn es zunächst zynisch klingen mag: Die öffentliche Wahrnehmung gewichtet die beiden Kategorien unterschiedlich. Unfälle, so die Logik, können überall vorkommen; der Tod durch Feindeinwirkung eben nicht. Besonders brisant ist für die Bundesregierung, dass seit November 2005 alle ums Leben gekommenen Soldaten Opfer von Anschlägen oder direkter Feindeinwirkung wurden, Unfallopfer hingegen keine mehr zu beklagen waren. Das zeigt die Eskalation des Konflikts klar auf.

Hinzu kommt, dass die deutschen Opfer in der Pressedarstellung nicht mehr abstrakt bleiben, sondern zunehmend „konkret“ werden. Lange war es in Deutschland Praxis, dass über die getöteten Soldaten bestenfalls der Dienstgrad und die grobe Herkunft über die Presse bekannt wurde. Diese Praxis hat sich mittlerweile verändert,

inzwischen werden (mit leichter zeitlicher Verzögerung) von fast allen Gefallenen Fotos veröffentlicht und Namen und biografische Details genannt. Von Pressevertretern, aber auch Angehörigen der Bundeswehr ist zu hören, dass die Praxis der öffentlichen Nennung bei der Truppe auf Sympathie und Zustimmung stößt, was allerdings nicht für das BMVg gelte. Aus Sicht des Verteidigungsministeriums ist diese Entwicklung ausgesprochen problematisch. Denn erstens bietet allein die Meldung gefallener deutscher Soldaten Kritikern des deutschen Einsatzes die Möglichkeit, sich besonders leicht Gehör zu verschaffen und ein Ende der deutschen Beteiligung fordern. Zweitens, und noch bedeutender, ergibt sich ein sich selbst verstärkender Effekt: Je mehr gefallene Soldaten in der Presse als greifbare Personen mit Namen, Verwandten und Freunden dargestellt werden, umso stärker die Resonanz der Öffentlichkeit. Und je stärker in der Öffentlichkeit bewusst wird, dass die Erfüllung der angestrebten Ziele des Einsatzes – die Stabilisierung und Befriedung Afghanistans – nicht nur nicht vorankommt, sondern sogar in immer weitere Ferne rückt, desto mehr Gewicht erhält jedes einzelne deutsche Opfer in den Augen der Öffentlichkeit.

Der Druck zur militärischen Eskalation

Während die Bundesregierung auf der einen Seite also vor dem Problem steht, dass schon wenige zusätzliche Opfer der Bundeswehr starke Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit hervorrufen können, ergibt sich auf der anderen Seite ein immer stärkerer Druck, den Einsatz zu eskalieren. Der amerikanische Oberkommandierende McChrystal argumentiert nach Presseberichten in einem vertraulichen Dossier an Präsident Obama, die ISAF-Streitkräfte seien zu sehr mit dem Schutz eigener Verbände und zu wenig um den Schutz der Afghanen bemüht. Gleichzeitig argumentiert der General, führten Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung zunehmend zu einer Entfremdung zwischen Einheimischen und den ausländischen Truppen und Sorge so für eine konstante Unterstützung der Aufständischen.

Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage plädiert McChrystal für eine dra-

Zum Weiterlesen

Gelpi, Christopher F./Feaver, Peter D./Reifler, Jason (2006), *Success Matters. Casualty Sensitivity and the War in Iraq*, in: *International Security* 30, 3, S. 7-46.

Kümmel, Gerhard/Leonhard, Nina (2004), *Casualty Shyness and Democracy in Germany*, in: *Sicherheit und Frieden/ Security and Peace* 22, 3, S. 119-126.

Larson, Eric V. (1996), *Casualties and Consensus. The Historical Role of Casualties in Domestic Support for U.S. Military Operations*, RAND, Santa Monica.

Mandel, Robert (2004), *Security, Strategy, and the Quest for Bloodless War*, Boulder.

Schörnig, Niklas (2007), *Visionen unblutiger Kriege. Hightech-Antworten zur Umgehung der Opfersensibilitätsfalle*, in: Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hg.), *Schattenseiten des demokratischen Friedens. Grundzüge einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt, S. 93-121.

Smith, Hugh (2005), *What Costs Will Democracies Bear? A Review of Popular Theories of Casualty Aversion*, in: *Armed Forces & Society* 31, 4, S. 487-512.

stische Aufstockung der Truppen und die Hinnahme größerer Gefahren für die westlichen Soldaten. Nur so sei der Konflikt führ- und gewinnbar. Sekundiert wird ihm dabei auch von deutscher Seite: So sprach sich der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Kujat inzwischen ebenfalls für eine Aufstockung des deutschen Kontingents aus, um so die militärische Initiative wiederzuerlangen. Ob sich McChrystal gegen die noch vorherrschenden Vorbehalte von Präsident Obama durchsetzen kann, ist fraglich und es ist auch nicht die Aufgabe dieses Textes, die Erfolgchancen einer solchen Eskalationsstrategie zu bewerten. Klar ist aber: Eine Intensivierung des Konflikts und eine offensive Strategie bedeuten für die alliierten Truppen, und eben auch die Bundeswehr, ein deutlich höheres Risiko, eigene Verluste hinzunehmen. Setzt sich McChrystal mit der Aufstockung und Intensivierung des Konfliktes durch, steckt die Bundesregierung zwischen Hammer und Amboss. Während auf der einen Seite die deutsche Öffentlichkeit eigene Verluste kaum noch akzeptiert, steht man auf der anderen Seite bei den alliierten Bündnispartnern in der Pflicht.

In der Opferfalle: Erste Konsequenzen?

Auch wenn die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende tut, um die Tatsache zu verdecken, dass man mit dem Afghanistan-Einsatz innenpolitisch inzwischen auf sehr dünnem Eis steht, gibt es Anzeichen dafür, dass angesichts der sich verändernden öffentlichen Meinung zunehmend die Nerven blank zu liegen. Die Folgen der Opferfalle werden sichtbar.

Dies zeigt sich z.B. an dem von dem deutschen Kommandeur in Kundus, Oberst Klein, angeforderten Luftangriff auf zwei von den Taliban gekaperte Tanklastzüge Anfang September, bei dem entgegen ersten Aussagen des damaligen Verteidigungsministers Jung wohl doch nicht nur Kämpfer der Taliban, sondern auch etliche Zivilisten ums Leben kamen. Jung argumentierte kurz nach dem Angriff in den Medien, dieser sei angefordert worden, da die Tanklastzüge eine „erhebliche Gefahr für unsere Soldaten bedeutet haben“.⁴ Und der damals noch in der Rolle des Oppositionsführers agierende FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle sekundierte im

Bundestag am 8. September, man müsse berücksichtigen, „was in Deutschland losgewesen wäre, wenn diese beiden Tanklastzüge für einen Anschlag gegen uns, unsere Verbündeten und unsere Bundeswehr tatsächlich zum Einsatz gebracht worden wären“.⁵

An solchen Äußerungen zeigt sich nicht nur die besondere Bedeutung, die eigenen Opfern von der Politik zugerechnet wird, sondern es wird der Truppe auch klargemacht, welche Prioritätensetzung von ihr erwartet wird. Die Möglichkeit, durch einen Selbstmordanschlag mit Tanklastern auf einen Schlag eine hohe Anzahl deutscher Opfer beklagen zu müssen, ist für das Verteidigungsministerium und die Bundesregierung nicht hinnehmbar. Ob es Alternativen zu den Luftschlägen gegeben hätte, ob man tatsächlich davon ausging, dass bei dem konkreten Luftschlag keine Zivilisten gefährdet würden, oder es doch billigend in Kauf nahm, werden die weitere Untersuchungen zeigen müssen. Inzwischen liegt zumindest ein Untersuchungsbericht der Nato vor, der allerdings als „geheim“ eingestuft wird und entsprechend nicht öffentlich eingesehen werden kann.

Aus Sicht der deutschen Öffentlichkeit signalisiert der Vorfall und die einsetzende internationale Kritik aber ganz deutlich eine Eskalation des Konflikts. Das wird die Debatte über den Sinn und das Ziel des deutschen ISAF-Einsatzes weiter vorantreiben – auch wenn sich die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in der Folge des Luftschlags überraschenderweise von 27 auf 37 Prozent verbesserte. Inwieweit hier eine Trotzreaktion auf die (vor)schnellen und harschen Worten der alliierten Partner vorliegt, werden weitere Umfragen zeigen müssen. Allerdings sind die langfristigen Effekte noch nicht abzusehen – z.B. wenn die Bundeswehr nun noch stärker in den Fokus der Taliban genommen wird und sich bald wieder deutsche Opfer einstellen sollten. Die Tatsache, dass Mitte September innerhalb eines Gefechts gleich acht deutsche Soldaten verwundet wurden, zeigt, dass diese Möglichkeit eher wahrscheinlicher als unwahrscheinlicher geworden ist.

Die Abzugsdebatte

Die Hoffnung der Bundesregierung beruht darauf, dass sich innerhalb kurzer Zeit so

deutliche und vorzeigbare Erfolge einstellen, dass mittelfristig ein geregelter Rückzug möglich erscheint. Die Kanzlerin selbst brachte in ihrer Regierungserklärung eine erneute Afghanistankonferenz und, damit verbunden, zumindest einen Teilabzug in den nächsten fünf Jahren auf Basis einer international abgestimmten Übergabestrategie ins Spiel. Hier kommt die Hoffnung zum Ausdruck, die afghanischen Sicherheitskräfte seien in absehbarer Zeit in der Lage, die Stabilität des Landes und die Bekämpfung der Taliban selbst in die Hand zu nehmen – zumindest solange, bis ein geordneter Rückzug aller Alliierten möglich sein wird, so dass die deutsche Bündnisolidarität gewahrt bleibt.

Ob diese Perspektive aber realistisch ist, ist fraglich, denn es fehlen der afghanischen Regierung die Anreize, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wenn die inzwischen acht Jahre währende Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan wirklich dem Schutz der Bundesrepublik dient, wie Merkel es in ihrer Regierungserklärung immer wieder betonte, wird man sich auch in fünf Jahren nicht aus dem Land zurückziehen können, sollte sich die Sicherheitslage nicht dramatisch verbessert haben.

Mehrere Faktoren spielen hierbei eine Rolle: Erstens wurde die Fähigkeit der Taliban zur militärischen Reorganisation unterschätzt. Sie erhalten nach Medienberichten kontinuierlich Unterstützung aus dem Nordwesten Pakistans und können sich in diese Region zur Regeneration zurückziehen. Das erschwert die militärische Lage für die NATO-Truppen erheblich und bringt immer wieder Zweifel an den Erfolgen militärischen Vorgehens auf. Inwieweit reorganisierte afghanische Truppen selbst mit dieser Lage zurecht kommen können, ist angesichts der erst zaghaft einsetzenden Einsatzbereitschaft nationaler Einheiten schwer abzuschätzen.

Zweitens ist die aktuelle Situation für die afghanische Regierung selbst nicht unangenehm, Anreize für stärkeres Eigenengagement fehlen. Westliche Truppen unterstützen sie im Kampf gegen die Taliban mit Soldaten und Technik, die nach einem Abzug nicht mehr zur Verfügung stünden. Die zu schulternde Last würde sich nach einem Abzug der NATO drastisch erhöhen, fehlende technologische Qualität müsste mit hoher Truppenstärke ausgeglichen werden.

Hauptgefahr Sprengfallen

Eine der größten Gefahren für Soldaten stellen selbsthergestellte Sprengfallen dar, sogenannte „improvised explosive devices“ (IEDs). Diese Sprengfallen werden meist an Straßen oder zentralen Plätzen getarnt platziert und zur Detonation gebracht, sobald sich fremde Truppen der Falle nähern (z.B. wenn ein Konvoi vorbeifährt). Solche Fallen sind ein klassisches Instrument der Guerilla-Kriegsführung und des Terrorismus und wurden z.B. schon von der IRA in Großbritannien gegen britische Truppen eingesetzt. Da die Fallen zunächst kaum zu erkennen sind (praktisch jeder größere Gegenstand am Straßenrand – bis hin zu toten Tieren oder Menschen – kann theoretisch eine Sprengfalle enthalten), führt allein die Möglichkeit ihres Vorhandenseins zu einem deutlich erhöhten Unsicherheitsgefühl und aufwändigen Schutzmaßnahmen. Da viele Fallen inzwischen per Handy oder Funk zur Detonation gebracht werden, sind mittlerweile viele – zumindest amerikanische – Militärfahrzeuge in Afghanistan und dem Irak mit Störsendern ausgerüstet, die Funkverkehr in ihrer Umgebung unterbinden. Alternativ können die Sprengfallen aber auch per Draht ausgelöst werden.

Die perfideste Form der Sprengfalle stellt eine Kombination zweier Fallen dar, wobei die zweite Falle erst gezündet wird, wenn Rettungskräfte eingetroffen sind, um Verletzte der ersten Detonation zu versorgen.

Mehr als die Hälfte aller britischen und amerikanischen Gefallenen wurden bislang Opfer solcher Sprengfallen.

Zusätzlich garantieren ausländische Truppen internationale Aufmerksamkeit und Bedeutung, der Konflikt bleibt im Westen medial präsent. Zivile Opfer unter der afghanischen Bevölkerung können darüber hinaus den westlichen Truppen zugeschrieben werden. Eine deutlich verstärkte Anstrengung des afghanischen Engagements ist deshalb unwahrscheinlich und die Hoffnung auf eine schnellere Ausbildung der afghanischen Armee eher trügerisch. Gibt es nicht eine unerwartete Wendung, so sind auf nicht absehbare Zeit die offiziellen Gründe für die aktuelle Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan weiterhin gegeben. Dagegen schrumpfen zumindest aus deutscher Sicht die Möglichkeiten, die Lage aktiv zu verbessern. Man befindet sich praktisch in der von General McChrystal kritisierten Situation, sich immer stärker um die eigenen Probleme, die Vermeidung oder zumindest Minimierung der eigenen Opfer, kümmern zu müssen.

Plädoyer für eine offene Debatte

Die Hoffnung, die verfahrenere Situation in Afghanistan auch weiterhin aussitzen zu können, mag der neuen Regierungskoalition zwar verlockend erscheinen, ist der Si-

tuation in Afghanistan aber unangemessen und angesichts immer heftigerer Gefechte unrealistisch. Denn ändert sich die Lage wider erwarten nicht drastisch zum Guten (womit nicht zu rechnen ist), werden sich die Kämpfe eher noch stärker intensivieren als abzuebben – unabhängig davon, ob sich die Aufstockungsstrategie McChrystals durchsetzt oder nicht. Will man an der militärischen Option weiterhin festhalten und weiterhin mit der Bundeswehr in Afghanistan präsent sein, muss die Bundesregierung endlich ohne Wenn und Aber eingestehen, dass sich die Bundeswehr in Afghanistan in einem bewaffneten Konflikt befindet und in einen Bürgerkrieg verwickelt ist, dessen Dauer nicht abzuschätzen ist. Dies ist sie schon den Soldatinnen und Soldaten vor Ort schuldig, die momentan in der rechtlichen Lage eines Polizeieinsatzes operieren, was den Gegebenheiten vor Ort schon länger nicht mehr entspricht.

Die von Minister zu Guttenberg gewählten Worte und sein Besuch in Kabul nach nur 15 Tagen im Amt sind dem Vernehmen nach von der Bundeswehr sehr positiv aufgenommen und von der Öffentlichkeit als erster Schritt zu einer offenen Debatte verstanden worden. Damit hat sich aber auch die Fallhöhe für den Minister erhöht: Stellt sich heraus, dass die (halbherzige) Kriegsrhetorik nur dazu diente, sich von seinem

Anmerkungen

- 1 <http://www.bild.de/BILD/politik/2009/11/03/afghanistan/interview-mit-minister-guttenberg.html> (20.9.2009).
- 2 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/kultur/349/408124/text/> (20.9.2009).
- 3 Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2009/september-extra/> (1.10.2009).
- 4 Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647224,00.html> (1.10.2009).
- 5 Vgl. <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/16233.pdf> 1 (1.10.2009).

Vorgänger verbal abzusetzen, gerät die Bundesregierung zusätzlich unter Druck. Denn angesichts der aktuellen Entwicklungen steht die Bundesregierung in der Pflicht, für einen zunehmend problematischen, zunehmend gefährlichen und zunehmend unpopulären Einsatz die politische Verantwortung zu übernehmen. Sie muss eingestehen, dass zukünftig eher mit mehr als weniger deutschen Opfern zu rechnen ist – und dass die Bundesregierung gewillt ist, diese zugunsten geringerer afghanischer Opfer zu akzeptieren.

Will man die Afghanen (wieder?) für den Westen einnehmen, müssen Risiken eingegangen werden – Risiken, die man bislang ignoriert oder absichtlich gescheut hat und – was nach der Farce um die gescheiterte Stichwahl um das Präsidentenamt noch hinzukommt – deren Akzeptanz eine demokratisch höchst fragwürdig legitimierte afghanische Regierung begünstigt.

Angesichts der steigenden Bedeutung eigener Opfer und der Hoffnung der Opposition, sich eine solche Stimmung zu eigen zu machen, ist eine Strategie, die die Bundeswehr stärker exponiert und größere Risiken in Kauf nimmt, innenpolitisch ausgesprochen riskant. Die oben genannten Zitate von Jung und Westerwelle zeigen sehr wohl, dass sich die Bundesregierung bewusst ist, wie schnell die öffentliche Meinung in Deutschland an einen Punkt gelangen kann, der eine Fortführung des Einsatzes auch für eine frisch gewählte Regierung praktisch verhindert. Dieses Risiko muss die Bundesregierung aber akzeptieren, wenn dieser Einsatz tatsächlich so sehr den

deutschen Interessen dient, wie sie es immer wieder vorgibt.

Ein „Weiter so“ zwingt die deutschen Soldaten geradezu, dem Selbstschutz absolute Priorität zu Lasten von Frieden und Stabilität einzuräumen und damit Zivilisten und schlussendlich den Einsatz an sich zu gefährden. Ist man in Berlin hierzu nicht bereit, so scheint es fraglich, ob der Einsatz die gewünschten Ziele, Afghanistans zu stabilisieren, die Afghanen für den Westen einzunehmen und den Krieg mit den Taliban zu gewinnen, gelingen kann. Dann wäre klar, dass hinter dem Einsatz der Bundeswehr andere Motive – allen voran die Bündnissolidarität – die zentrale Rolle spielen würden.

Zu Guttenbergs zaghafte Überwindung der Jung'schen Diktion und sein erster Besuch in Kabul kann nun beides sein: Auftakt zu einer intensiven Debatte oder polit-strategisches Manöver ohne Folgen. Wäre letz-

teres der Fall und wäre Berlin auch trotz dieser Vorlage nicht gewillt, diese Auseinandersetzung mit der deutschen Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit zu führen und Farbe zu bekennen, wäre es sinnvoller, die deutschen Truppen lieber früher als später abzuziehen.



Dr. Niklas Schörnig (Jahrgang 1972) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die technologische Aufrüstung westlicher Demokratien – die sogenannte „Revolution in Military Affairs“ – und deren Auswirkungen auf westliche Kriegsführung.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Just Peace Governance in der transnationalen Sphäre“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332